

BESCHLUSS

des Präsidiums der FDP, Berlin, 13. März 2017

Recht wahren, Werte verteidigen, Dialog führen – zehn Vorschläge für die Zusammenarbeit mit Russland

Russland hat durch die völkerrechtswidrige Annexion der Krim und das militärische Eingreifen in der Ostukraine die seit dem 2. Weltkrieg geltende Weltfriedensordnung gravierend verletzt. Grenzen mit militärischen Mitteln zu verändern, ist ein Tabubruch, der nicht hingenommen werden darf. Dennoch gilt: Für liberale Außenpolitik in der Tradition Hans-Dietrich Genschers endete Europa nie an der Außengrenze der EU. Die Nachbarn im Osten sind Teil Europas, Deutschland und die Europäische Union (EU) bleiben mit Russland wirtschaftlich, kulturell und politisch eng verbunden. Um Frieden und Stabilität in Europa und der Welt zu sichern, ist konstruktive Zusammenarbeit unverzichtbar. Wenn diese nicht möglich ist, so ist dennoch der ständige Dialog das Mittel der Wahl, um Missverständnisse über die jeweiligen Absichten zu vermeiden.

Um einen weiteren Anstieg der Spannungen mit möglicherweise gefährlichen Fehleinschätzungen der Entscheidungsträger zu vermeiden, setzen sich die Freien Demokraten für die folgenden zehn Punkte ein:

1. Im Gespräch bleiben

Die Freien Demokraten wollen Gesprächskanäle auch für die Zukunft offenhalten, denn Dialog ermöglicht gegenseitiges Verstehen, was zu mehr Sicherheit führen kann. Grundlage des Dialogs sind die drei Dimensionen des Helsinki-Prozesses: 1. Vertrauensbildende Maßnahmen im Sicherheits- und Verteidigungsbereich, 2. Wirtschaftliche und wissenschaftliche Kooperation und 3. Humanitäre Maßnahmen zum Schutz der Bürgerrechte.

Für die Freien Demokraten ist klar, dass der Dialog mit Russland nur von der festen Grundlage der klaren und unzweideutigen Verankerung Deutschlands in EU und NATO geführt werden kann. All jenen, die Deutschlands Westbindung mit dem Ziel einer angeblichen ‚Äquidistanz‘ aufweichen wollen, erteilen wir eine klare Absage. Ziel des Dialogs mit Russland muss die Rückkehr des Landes zum Völkerrecht, ein Ende der Gewalt und die Wiederherstellung des gegenseitigen Vertrauens sein.

Die FDP setzt sich dafür ein, Problemfelder klar zu benennen, um Interessenkonflikte zu verstehen und mit dem Ziel ihrer Auflösung zu bearbeiten. Dabei gebietet die Ehrlichkeit zu sagen, dass es weder schnelle noch einfache Lösungen geben wird. Dies gilt für die politische Ebene, die Vereinten Nationen (UN), die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), den NATO-Russland-Rat sowie für das aktuelle Sanktionsregime.

2. Völkerrecht und europäische Friedensordnung in den Mittelpunkt stellen

Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die staatliche Souveränität und die territoriale Unversehrtheit der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen bzw. der OSZE sowie die in den wichtigsten Resolutionen der UN niedergelegten Prinzipien sind die Grundsteine der europäischen Friedensordnung.

Basis der Zusammenarbeit mit Russland sind die Europäische Menschenrechtskonvention, die KSZE-Schlussakte, die Charta von Paris und das Budapester Memorandum, in dem Russland die Unabhängigkeit der Ukraine 1994 ausdrücklich anerkannt hat. Daher steht das Recht der Ukraine und anderer östlicher Nachbarn der EU auf freie Bündniswahl in voller Souveränität außer Frage. Diese Prinzipien, zu denen sich Russland wiederholt ausdrücklich bekannt hat, sind für die Freien Demokraten die Grundlage des Dialogs.

Die FDP steht zu den gegen Russland verhängten Sanktionen. Im Fall einer weiteren militärischen Eskalation in der Ukraine muss Europa diese weiter verschärfen, denn sie sind kein Selbstzweck, sondern dienen der Wiedereingliederung Russlands in die internationale Friedensordnung. Dabei muss die EU unbedingt mit einer Stimme sprechen. Im Gegenzug können Sanktionen bei einem substantiellen Einlenken der russischen Regierung gelockert oder aufgehoben werden.

3. Unfreundlichen Akten entschlossen begegnen

Desinformationskampagnen, hybride Bedrohungen und Propaganda muss Deutschland entschieden entgegentreten, gerade im Hinblick auf die Bundestagswahl 2017. In Anlehnung an die „Global Strategy“ spricht sich die FDP dafür aus, die nötigen institutionellen und politischen Schritte einzuleiten, um die Widerstandsfähigkeit der europäischen Mitgliedsstaaten und ihrer Gesellschaft zu stärken. Der Bundesnachrichtendienst muss Entscheidungsträger darüber informieren, ob es Akte gibt, die auf die Beeinflussung der Wahl abzielen. Im Interesse demokratisch-pluralistischer Informationsversorgung muss die Deutsche Welle auch im Inland empfangbar werden. Das russische Programm muss sich mit einem Programm (TV und Internet) an die Russischsprachigen in Deutschland wenden, damit diese nicht allein auf russisches Fernsehen angewiesen sind.

4. Gemeinsame Interessen gemeinsam verfolgen

Deutschland, die EU und Russland bleiben durch gemeinsame außenpolitische Interessen wie etwa der Schaffung von Stabilität in Zentralasien und Afghanistan verbunden. In der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus, unter dem die Menschen in Russland gelitten haben und von dem sie sich wie Deutsche und EU-Bürger zu Recht nach wie vor bedroht fühlen, ist ein gemeinsames Vorgehen zwingend geboten. Das gilt auch für die Eindämmung der Verbreitung von nuklearem Material, das zur Waffenherstellung genutzt werden kann. Gegenüber dem Iran hat es eine gemeinsame Linie in den Verhandlungen gegeben, diese muss auch in der Umsetzungsphase aufrechterhalten werden. Die russische Führung muss verstehen, dass deutsche Außenpolitik weder von der EU-Außenpolitik, noch von den Werten unseres liberalen demokratischen Systems und den Menschenrechten zu trennen ist.

5. Demokratie fördern und stärken

Russland stellt sein autoritär-nationalistisches Gesellschaftsmodell zunehmend als Alternative zu den Wertevorstellungen der liberalen, westlichen Demokratien dar. Statt die dringend notwendige Modernisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft durchzuführen, werden grundlegende Prinzipien wie Presse- und Versammlungsfreiheit, die Freiheit des politischen und religiösen Bekenntnisses, freie Wahlen und die Unabhängigkeit der Justiz und der Presse unterminiert. Oppositionelle werden durch die Justiz an der Teilnahme am politischen Wettbewerb gehindert, durch Propaganda persönlich gebrandmarkt oder sogar an Leib und Leben bedroht. Mehrere Todesfälle sind nicht endgültig aufgeklärt.

Die menschenrechtliche und demokratische Dimension der OSZE darf auf keinen Fall ausgeblendet werden. Daher unterstützt die FDP Wahlbeobachtungsmissionen wie während der letzten Duma-Wahl im September 2016 und setzt den Dialog mit demokratischen oppositionellen Kräften fort. Ziel ist dabei nicht ‚regime change‘, wie fälschlicherweise unterstellt, sondern die Unterstützung eines fairen politischen Wettbewerbs.

6. Zivilgesellschaft unterstützen

Kritik an der russischen Regierungsführung ist nicht gleichbedeutend mit Kritik an Russland. Die gegen Russland verhängten Sanktionen stellen keine Abkehr von der russischen Zivilgesellschaft dar. Vielmehr unterstützen wir die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen, Politischen Stiftungen und unseren liberalen Partnern. Kontakte in anderen Bereichen, etwa in der Wirtschaft oder Kultur, sind in erheblichem Maße von den Kontakten in der Zivilgesellschaft abhängig. Mit großer Sorge beobachten wir die Lage der Opposition und Zivilgesellschaft in Russland und fordern von der Bundesregierung, Verletzungen der Grund- und Menschenrechte klar zu benennen. Klar ist: Zivilgesellschaftliche Kontakte zwischen Russland und der EU sind integraler Bestandteil jedes Dialogs. Daher kritisieren wir die Einführung von Gesetzen, die diesen Dialog behindern. Hier sind u.a. die folgenden Gesetze zu nennen: 1. Das Gesetz von 2013, dem nach Nichtregierungsorganisationen, welche Geld aus dem Ausland erhalten als „ausländische Agenten“ gebrandmarkt werden. 2. Das Gesetz über unerwünschte ausländische Organisationen vom Mai 2015, welches russische Nichtregierungsorganisationen von ausländischer Finanzierung und internationaler Zusammenarbeit abschneidet.

7. Kultur und Wissenschaft zu Brücken machen

Deutschland und Russland können auf einen bis ins Mittelalter zurückreichenden kulturellen und wissenschaftlichen Austausch aufbauen. Die FDP setzt sich für die Diversität und Freiheit von Kunst, Kultur und Wissenschaft ein und fördert den freien Austausch auf der Regierungs- und der zivilgesellschaftlichen Ebene. Wir müssen einander besser verstehen, im wahrsten Sinne des Wortes: Russisch-Unterricht muss in Deutschland denselben Stellenwert haben wie ihn Deutsch-Unterricht in Russland hat.

Die Freien Demokraten setzen sich für die Unterstützung von Mittlerorganisationen wie dem Goetheinstitut und dem Institut für Auslandsbeziehungen ein und wollen die Kooperationsbeziehungen zwischen Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen ausbauen.

8. Wirtschaftliche Zusammenarbeit vertiefen

Auf lange Sicht steht einem Freihandels- und Investitionsabkommen von Vancouver bis Wladiwostok aus liberaler Perspektive nichts entgegen. Die Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen ist aber nur möglich, wenn Russland sich an die Prinzipien der freien Marktwirtschaft, den Schutz des Eigentums und die Unabhängigkeit der Justiz hält.

Deutschland und die EU sind bestrebt, Russland bei Strukturreformen und der Diversifizierung der Wirtschaft hin zu einer größeren Unabhängigkeit vom Öl und Gas behilflich zu sein und in Forschung, Entwicklung und Infrastruktur zu investieren. Energie darf keine politische Waffe Russlands oder anderer autoritärer Regime werden. Daher setzen wir uns für eine gemeinsame europäische Energiepolitik ein, die es der EU ermöglicht, ihre Energiequellen zu diversifizieren und ihre Energieabhängigkeit von Russland zu reduzieren.

9. Denken in Einflusszonen überwinden

Die Freien Demokraten betonen das Recht auf freie Bündniswahl und sind überzeugt, dass die wirtschaftliche und politische Stabilität der ehemaligen Sowjetrepubliken nicht nur im Interesse der EU, sondern auch im Interesse Russlands liegen.

Wir setzen uns insbesondere für die Aufrechterhaltung der Menschenrechte, verantwortungsvolle Regierungsführung und die gesellschaftliche Entwicklung in der östlichen Nachbarschaft der EU ein und wollen mit den Partnerländern, die sich für ein Assoziierungsabkommen entschieden haben, wirtschaftlich und sicherheitspolitisch zusammenarbeiten. Diese Politik richtet sich ausdrücklich nicht gegen Russland, sondern strebt an, einen Raum der Zusammenarbeit mit und zwischen Staaten zu schaffen, die der EU auf absehbare Zeit nicht beitreten wollen oder können.

10. Sicherheit der Bündnispartner gewährleisten

Um hybriden Bedrohungen zu begegnen, müssen die Mitgliedsstaaten der EU und der NATO ihre Verteidigungs- und Widerstandsfähigkeit ausbauen. Im Rahmen einer abgestimmten politischen und militärischen Russland-Strategie innerhalb der NATO befürwortet die FDP auch die Stationierung von kleinen Verbänden in den östlichen Mitgliedsstaaten der NATO.

Russischen Einkreisungsängsten können wir nur durch größtmögliche Transparenz bezüglich unserer militärischen Planungen und Fähigkeiten begegnen. Der Sprachlosigkeit und Anspannung setzen wir das Angebot zu einer Zusammenarbeit entgegen, die Missverständnissen vorbeugt und Eskalationen verhindert.